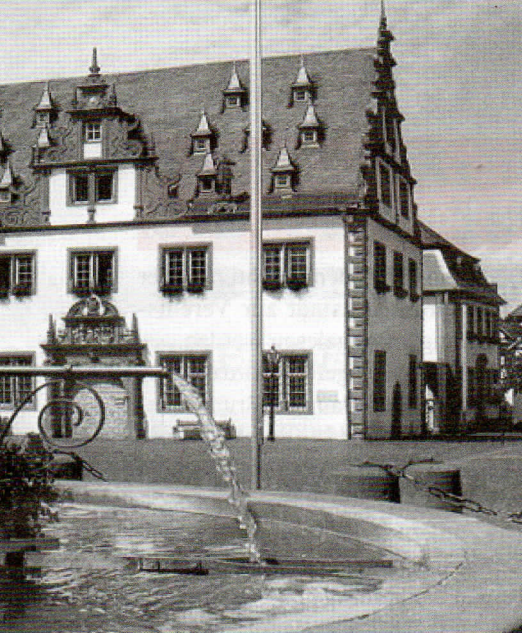




Umstadt im Blickpunkt

Neuer Flächennutzungsplan – SPD für Wachstum mit Augenmaß

Eingehend beschäftigt hat sich die Groß-Umstädter SPD- Stadtverordnetenfraktion mit dem derzeit laufenden Verfahren für einen neuen Flächennutzungsplan. Man strebt ein behutsames gleichberechtigtes Wachstum in allen Stadtteilen an, so Fraktionssprecher Dieter Ohl.

■ Der jetzt zur Entscheidung anstehende Planentwurf wurde unter reger Beteiligung von zahlreichen Bürgern und den Ortsbeiräten entwickelt und von Bauexperten und Verwaltung beurteilt.

In Anbetracht der Tatsache, dass schon der derzeitige Regionalplan Südhessen und der bisherige Flächennutzungsplan (FNP) eine Stadtentwicklung in Richtung Semder Kreuz vorgeben, hält die SPD an dieser grundsätzlichen Ausrichtung fest und unterstützt die Ausweisung des Baugebiets „Alzheimer Weg“. Eine Erschließung des Gebietes kann nur bedarfsorientiert und damit abschnittsweise erfolgen. Da zur Schonung von Außenflächen jedoch auch Baulücken unter die Lupe zu nehmen sind, stimmt man der baulichen Erschließung des Bereiches unterhalb des Krankenhauses bis zum Zehntscheuerweg zu. Hier sollte die Fläche per Bebauungsplan überplant werden, wobei allerdings eine ausreichend große öffentliche Fläche einzuarbeiten wäre. Eine Bebauung des für Erholungssuchende so wichtigen Bereiches „Heubacher Weg“ wiederum lehnt die SPD ab.

■ Die SPD sieht die grundsätzliche Gewerbegebietentwicklung im Um-

städter Bereich entlang der B 45. Kleinere Gewerbegebiete sollen in den Stadtteilen aus Gründen einer weiteren kleingewerblichen Eigenentwicklung vor Ort weiter realisiert werden. Offen ist man beim Vorschlag, im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit mit Dieburg und Groß-Zimmern für eine vom Semder Ortsbeirat vorgeschlagene Gewerbefläche an der B 26.

■ Wegen der unklaren baurechtlichen Situation des Weilers Frau Nausen werden weitere Lösungen gesucht, im Sinne der Bürger aus Frau Nausen über Satzungsregelung den Bestand zu sichern und den Eigentümern Entwicklungsperspektiven zu



bieten. Weiterblickend als im derzeitigen FNP diskutiert werden muss auch die Frage, was mit nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Aussiedlerhöfen passieren kann.

Im FNP sollen nicht nur Wohn- und Gewerbefläche betrachtet werden – auch andere Nutzungsmöglichkeiten für Sport und Freizeit müssen berücksichtigt werden. Für Raibach wurde

deshalb eine Lösung für die Einrichtung eines Bolzplatzes im Außenbereich gesucht. Ob dies dann letztlich auch durchführbar sein wird, müssen übergeordnete Behörden bewerten.

■ In den Stadtteilen gilt es für viele Einzelfälle, bei denen nicht unbedingt Konsense der Beteiligten besteht, Entscheidungen zu treffen. Für Wiebelsbach hat die SPD sich entschieden eine Wohnbebauung am Ostrand des Stadtteils zu favorisieren und damit die Alternative hinter dem Sportplatz aus Gründen der Hanglage und der schlechteren Erschließungsmöglichkeit abzulehnen.

In Semd plant man nicht nur die Abrundung des Ortsbildes am Buschweg sondern auch eine weitere Fläche hinter dem Kurt-Schumacher Ring/Mühlhohl als künftig als neues Bauland auszuweisen. In Kleestadt hält es die SPD für angebracht, die ins Gespräch gebrachten Flächen sukzessive zu entwickeln. Zwei kleinere Gebiete in Richtung Klein-Umstadt sowie eine Fläche am Ortsrand Richtung Umgehungsstraße sollten zunächst für den Eigenbedarf zur Verfügung stehen. Zugestimmt hat die SPD auch in Klein Umstadt der Bebauung zweier Grundstücke unweit der Kleintierzuchtanlage. Keine Probleme hat die Fraktion auch mit der Schaffung eines kleinen Gewerbe- und Mischgebietes in Heubach. Hier möchte man ein ortsansässiges Unternehmen unterstützen, um Arbeitsplätze vor Ort zu sichern und zu schaffen.

In den letzten Monaten hat die Stadt Groß-Umstadt diesen Entwurf mit großer Bürgerbeteiligung auf den Weg gebracht. Jetzt gilt es zügig diesen Entwurf im „normalen“ Verfahren zu beschließen

Neufassung der Vereinsförderrichtlinien: Eigenleistungen werden bei Förderquote berücksichtigt

Etliche Verbesserungen für die Vereine bringt die Neufassung der Vereinsförderrichtlinien, die von der Stadtverordnetenversammlung im Dezember verabschiedet wurde.

Neugefasst wurde darin der Kreis der anspruchsberechtigten Vereine. Vereine erhalten künftig die Möglichkeit, Investitionszuschüsse auch noch kurzfristig nach Ablauf der Fristen zu beantragen, falls sich die Notwendigkeit zu wichtigen Investitionen kurzfristig ergeben hat. Von besonderer Bedeutung ist die Neu-

regelung, dass künftig Eigenleistungen der Vereinsmitglieder als Teil der vom Verein aufgebrauchten Fördermittel für die Förderquote angerechnet werden. Die Deckelung beträgt 50 Prozent.

Grundsätzlich hat jeder Verein die Möglichkeit, Zuschüsse der Stadt Groß-Umstadt für investive Maßnahmen zu beantragen. Die Förderung kann bis zu 50 Prozent des Antragsvolumens der Maßnahme umfassen. Geförderte Maßnahmen können Neubau, Umbau oder Erweiterung von Anlagen sowie die Anschaffung von langlebigen Gerätschaften sein. Auch die Anschaffung von Pflegegeräten kann gefördert werden. Wichtig ist es, dass die Vorstände darauf achten, mit der Maßnahme oder Anschaffung erst zu beginnen, wenn der Förderungsbescheid vorliegt. Also: rechtzeitig bis zum 31.03. jeden Jahres den Antrag formlos bei der Stadtverwaltung stellen, damit er dann von der Verwaltung geprüft und vom Sportausschuss behandelt werden kann. Details über die Förderungswürdigkeit von Maßnahmen und das Bewilligungsverfahren können bei

Bedarf in den neuen „Richtlinien der Stadt Gross-Umstadt zur Vereinsförderung“ nachgelesen werden.

Ebenfalls neu eingeführt wird die Förderung für den Bau von Brunnenanlagen zur Sportfeldbewässerung. Hierfür wird auf Antrag ein Zuschuss von einmalig 2500 Euro gewährt.

Die Förderung der Vereinsarbeit, und hier insbesondere der Jugendarbeit, ist und bleibt für die SPD ein wichtiges Anliegen. Daher wurden erstmals auch die Regelungen zur laufenden Betriebsförderung der Sportjugendarbeit formell in die Richtlinien aufgenommen. Danach erhalten die Vereine, die die Mitgliedschaft Jugendlicher fördern, weiterhin einen jährlichen Zuschuss.

Die SPD-Fraktion im Stadtparlament zeigte sich erfreut, dass mit dieser Neufassung die Fördermöglichkeiten für Vereine in Groß-Umstadt nochmal verbessert werden konnten. Da auch die Übungsstunden für die Vereine in den städtischen Hallen und Sälen kostenfrei sind, leistet die Stadt insgesamt einen beachtlichen finanziellen Beitrag für das Vereinsleben in unserer Stadt.

Jürgen Walter: CDU-Sicherheitspolitik gescheitert

Neue CDU-Plakate - Ablenkungsmanöver Roland Kochs

„Roland Koch sucht händeringend ein Thema, um sich nicht der öffentlichen Diskussion um Mindestlöhne und seine schlechte Bildungspolitik stellen zu müssen. Das wird ihm aber nicht gelingen“, sagte Jürgen Walter. „Anstatt Plakate gegen Ausländer zu drucken, sollte die hessische CDU das Geld besser dem ‚Weißen Ring‘ für Gewaltopfer spenden. Solche Aktionen bringen uns in Hessen nicht mehr Sicherheit. Wir brauchen mehr echte Polizisten auf unseren Straßen“, forderte er vor dem Hintergrund der angekündigten CDU-Plakatvorstellung zum Münchner Gewaltakt gegen einen Rentner am kommenden Mittwoch.

„Diesen schrecklichen Vorfall in der Münchner U-Bahn-Station jetzt zum Vorwand zu nehmen, gegen jugendliche Gewalttäter aktiv zu werden, bedeutet doch das Eingeständnis: Die Sicherheitspolitik der CDU ist gnadenlos gescheitert. Koch & Co. hatten neun lange Jahre Zeit, Hessen sicher zu machen. Was aber haben sie getan: 1.186 Stellen bei der Polizei, 130 Stellen bei Richtern und Staatsanwälten abgebaut und alle vorhandenen Mittel für Präventionsmaßnahmen zusammengestrichen“, sagte Walter und wies in diesem Zusammenhang auf die aktuelle Unterschriftenaktion der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gegen Stellenabbau und die Schließung von Polizeiwachen hin.

Die CDU trage die alleinige Verantwortung dafür, dass sich Hessens

Polizei mit jungen Wiederholungstätern herumplagen müsse, die eben erst das Gefängnis verlassen hätten. „Achtzig Prozent Rückfallquote bei jugendlichen Strafgefangenen in Hessen ist ein unsinniges Arbeitsbeschaffungsprogramm für unsere Sicherheitsbehörden. Justizminister Banzers Jugendstrafvollzug behindert durch schlechte Ergebnisse die Polizeiarbeit in Hessen“, kritisierte Walter.

Jürgen Walter kündigte für die Zeit nach dem Regierungswechsel am 27. Januar an, bis zum Ende der Legislaturperiode 1.000 zusätzliche Polizeistellen zu schaffen und mehr „echte Polizisten statt ehrenamtliche Polizeihelfer auf Hessens Straßen zu bringen.“



ARGUMENTE: **BILDUNG** DIE ZEIT IST REIF FÜR EINE KLUGE SCHULE

KOCHS SCHULPOLITIK: GEGEN KINDER, ELTERN, LEHRER !

Immer frühere und immer schärfere soziale Auslese, wachsende Ungerechtigkeit ohne Zugewinn an Leistung, hochgezogene Mauern zwischen den Schulformen, verkümmerte Talente und Bildungsverlierer ohne Perspektive: Das sind die Ergebnisse von Kochs falscher Schulpolitik. Die CDU-Landesregierung hat keine Konsequenzen aus der PISA-Studie gezogen. Statt von den Siegerländern zu lernen, wird Schulpolitik mit ideologischen Scheuklappen gemacht.

Die hessische SPD steht für eine Schulpolitik der Chancengleichheit, in der das einzelne Kind im Mittelpunkt steht. Alle Kinder sollen gleiche Chancen haben und jedes Kind hat Anspruch auf die bestmögliche Bildung.



Impressum

Hrsg.: SPD Groß-Umstadt
Redaktion: Karl Dörr (V.i.S.d.P.), Jens Zimmermann;
Gestaltung und Satz: Jutta Grimm-Ruppert

DAS WIRD ANDREA YPSILANTI KONKRET TUN:

- Wir werden massiv in die frühkindliche Bildung investieren.
- Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule wird den individuellen Voraussetzungen der Kinder gemäß flexibel gestaltet, die Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule wird intensiviert.
- Wir wollen keine Einheitsschule, sondern eine Schule der vielfältigen Möglichkeiten. Daher werden wir die Schulen ermutigen, alle Kinder bis Klasse 10 gemeinsam zu unterrichten.
- Gymnasien werden nicht geschlossen, aber das pädagogisch unsinnige Turbo-Abitur (die so genannte G8-Regelung) wird wieder abgeschafft.
- Die Schulzeitverkürzung wird durch flexible Eingangsstufen und flexible Oberstufen ermöglicht.
- Die Einrichtung von mehr echten Ganztagschulen ermöglicht optimale Förderung und verlässliche Betreuung.
- Die Schulen bieten Elternberatung, Unterstützung und Förderung über den Unterricht hinaus, Hausaufgabenbetreuung und gezielte Nachhilfe an.
- Die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer wird besser und praxisnäher.
- Der CDU-Etikettenschwindel „Unterrichtsgarantie Plus“ wird beendet. Unterricht wird von voll ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern erteilt.
- Mehr Lehrerinnen und Lehrer sorgen für bessere Leistungen in kleineren Klassen.
- Der Kindergarten und die Grundschule bleiben wohnortnah.
- Der Kindergarten wird kostenlos, das Studium wird wieder gebührenfrei.

LANDTAGSWAHL AM 27. JANUAR 2008

- Unser Kandidat Patrick Koch stellt sich vor -

Liebe Groß-Umstädterinnen und Groß-Umstädter,

am 27. Januar 2008 wird ein neuer Hessischer Landtag gewählt. Ich trete als Direktkandidat für die SPD im Wahlkreis 52 (Altkreis Dieburg) an. Die SPD hat mit Andrea Ypsilanti als Spitzenkandidatin eine sozial-gerechte, sympathische und ehrliche Alternative zu Ministerpräsident Roland Koch.

Im Landtag braucht Andrea Ypsilanti ein Team, dass sie auf allen Feldern der Politik mit Sachverstand und Erfahrung unterstützt.

Deshalb, und weil der Landkreis Dieburg wieder eine starke Stimme im Landtag braucht, bewerbe ich mich um das Direktmandat in unserem Wahlkreis.

Auf dieser Seite können Sie mehr über mich, meine persönlichen und beruflichen Erfahrungen sowie meine politischen Schwerpunkte erfahren. Sollten Sie Fragen an mich haben, bitte ich Sie, sich mit mir telefonisch oder per Email in Verbindung zu setzen, ich freue mich auf Ihren Anruf.



Herzliche Grüße

Patrick Koch
Am Sportplatz 2
64853 Otzberg-Lengfeld

Tel: 06162-9186694
mobil: 0170-3830895
Email: patrick@koch2008.de

Patrick Koch

PERSÖNLICH & PRIVAT

Am 18. März 1976 wurde ich in Groß-Umstadt geboren und wuchs in Otzberg/Nieder-Klingen auf.



Ich bin 31 Jahre alt, und wohne seit meiner Hochzeit 2002 mit meiner Familie in Otzberg/Lengfeld.

Gemeinsam mit meiner Frau Jutta habe ich drei Kinder. Jakob ist 4 Jahre, Johannes 3 Jahre jung.

Im Februar 2007 wurde unsere Tochter Josefine geboren und es kam noch mehr Leben in unser Haus.

Neben meiner politischen Tätigkeit und der Mitgliedschaft in zahlreichen Vereinen, bin ich unter anderem im ev. Kirchenvorstand, bei der Freiwilligen Feuerwehr und der Arbeiterwohlfahrt aktiv.



AUSBILDUNG & BERUF

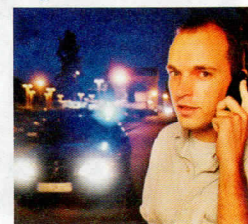
Nach dem Studium war ich beim Landeskriminalamt in Kiel tätig, danach im Ermittlungsdienst bei der Kriminalpolizei in Flensburg.

Im Jahr 2001 kam ich zurück in meine Heimat. Seitdem ermittele ich als Kriminaloberkommissar bei der Darmstädter Kriminalpolizei.

Hier bin ich für die Bekämpfung von Bandenkriminalität, wie internationale Kraftfahrzeugverschiebung, verantwortlich.

Meine interessante und abwechslungsreiche Arbeit macht mir große Freude, wenn gleich es im Bereich von Polizei und Justiz einige Änderungen geben muss, um in Hessen auch künftig Sicherheit zu gewährleisten.

Deshalb engagiere ich mich auch im Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) dessen Bezirks-Vorsitzender ich bin.



MEINE POLITISCHEN SCHWERPUNKTE

■ Verbesserung der Familienpolitik

Für viele Eltern ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht möglich. Doch neben dem Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren gibt es noch viele andere Themenfelder, die den Bereich „Familie“ betreffen.

Ich will, dass in Hessen wieder eine Familienpolitik gemacht wird, die diesen Namen auch verdient!

■ Förderung von erneuerbaren Energien

Die SPD setzt seit langem auf den Ausbau erneuerbarer Energien. Auch ich habe vor 3 Jahren eine Photovoltaikanlage gebaut. Gerade wegen unserer Kinder ist es wichtig, dass wir alle auf neue Energien setzen!

■ gute Wahlkreisvertretung im Landtag

Ein Wahlkreisabgeordneter der SPD hätte 2003 ganz sicher nicht den sozialen Kürzungen zugestimmt, bei denen mehr als 150.000 Euro für die bei uns ansässigen sozialen Einrichtungen (Frauenhaus, Drogen- und Schuldnerberatung, Volkshochschule, Behinderteneinrichtungen) gestrichen worden sind. Ich will den Wahlkreis engagiert im Landtag vertreten!

■ Stärkung der inneren Sicherheit

Ein Politikfeld auf dem ich mich ganz sicher gut auskenne, ist das der Inneren Sicherheit. Hier habe ich berufliche Erfahrungen, die ich im Landtag dafür einsetzen möchte, dass Hessen wieder sicherer wird.